

Protokoll:

Frau Renate Michel:

Frau Michel ist seit 2013 als Regionalreferentin Rhein-Mosel-Eifel für die Energieagentur Rheinland-Pfalz tätig.

Als Aufgabe der Energieagentur führt Frau Michel u. a. die Unterstützung bei der Planung und Umsetzung von Klimaschutz- und Energiewendeprojekten an. Die Agentur wurde im Jahr 2012 in Kaiserslautern gegründet. Seit 2014 verstehen sich die Regionalbüros als Kümmerer vor Ort und fungieren als Schnittstelle zu den regionalen Akteuren.

Die Präsentation ist als Anlage dem Protokoll beigelegt.

Fragen aus der Klimaschutzkommission:

Dr. Kleemann (Bündnis 90/Die Grünen) fragt an, ob bereits eine Zusammenarbeit mit der Stadt Koblenz stattfindet, worauf man aufbauen könne bzw. welche Akzente man noch setzen müsse.

Frau Michel führt an, Koblenz nutze bereits das Bilanzierungstool Klimaschutzplaner. Hierauf könne man weiter aufbauen, bspw. durch Integration eines Klimaschutzportals auf der Homepage der Stadt Koblenz. Weiterhin gebe es Gespräche mit dem ZGM bezüglich einer möglichen Unterstützung des Energiecontrollings in Koblenz sowie zur Beratung bei der Planung eines Wärmenetzes beim Neubauprojekt im Stadtteil Goldgrube.

Herr Diehl (CDU) fragt an, wie Frau Michel im Verein Klimaschutz in Koblenz e.V. vernetzt sei und wie die klimarelevanten Daten für die Stadt Koblenz zu beziffern seien.

Frau Michel gibt an, es gebe eine gute Zusammenarbeit sowie Kontakte. Hinsichtlich der Energiedaten verweist sie auf den Energieatlas Rheinland-Pfalz. Dieser sei öffentlich über das Portal mit allen verfügbaren Daten für die Stadt Koblenz zugänglich (Energiesteckbrief Koblenz).

Dr. Kleemann (Bündnis 90/Die Grünen) fragt an, inwieweit es für die integrierten Quartierskonzepte bereits einen Ansatz oder schon Förderungskonzepte gebe oder ob die Klimaschutzkommission dies anregen könne.

Frau Michel gibt an, dass es zunächst sinnvoll sei zu schauen, wo in Koblenz ein Sanierungsstau vorliege. Eine Förderrichtlinie der KfW (Programm 432) enthält Anforderungen für die Bezuschussung von Integrierten Quartierskonzepten und die Umsetzung mit einem Sanierungsmanagement. Das Land Rheinland-Pfalz stockt die Zuschüsse auf, so dass finanzschwache Kommunen nur einen Eigenanteil von 5% der Kosten zu tragen haben.

Dr. Fröhling (CDU) fragt an, ob es im Bereich erneuerbare Energien, insbesondere Solarenergie, konkrete Vorstellungen für Koblenz gebe und wie man diese voranbringen könne.

Frau Michel gibt an, es gebe im Klimaschutzkonzept der Stadt Koblenz bereits Maßnahmen im Bereich Photovoltaik. So könne man bspw. im Bereich der eigenen Liegenschaften als Stadt selbst aktiv werden. Bei den Privathaushalten müsse man auf Information und Anreize setzen, damit mehr Photovoltaik auf die Dächer kommt.

Prof. Dr. Frank Hergert

Prof. Dr. Hergert bekleidet seit 2,5 Jahren die Professur für Physik an der Hochschule Koblenz. Davor befasste er sich 20 Jahre mit dem Thema Photovoltaik und war in der Industrie als Entwicklungsleiter tätig.

Er gliedert seine Präsentation in 3 Punkte.

- Globale Erwärmung mit Daten seit 1880:

Prof. Dr. Hergert weist auf einen Anstieg der globalen Temperaturen von 2,7 % hin. Eine Verdopplung des Anstiegs findet ungefähr alle 26 Jahre statt. Im Jahr 2019 ist die Erwärmung im Vergleich zu 1993 um 0,6°C gestiegen.

Ein weiterer Anstieg um 0,6 Grad wird voraussichtlich nur 14 Jahre benötigen (2033).

- Erwärmung Ausblick auf Europa:

Häufigere Hitzewellen und Anstieg der Rekordtemperaturen (+8,3 Grad in Koblenz). In dieser Bilanz sind Städte mit den höchsten Risiken, sowohl für Überschwemmungen als auch für starke Zunahme der Rekord-Temperaturen (hier ist Koblenz dabei) aufgeführt. Dies bedeutet, Koblenz hat sowohl ein Problem mit der Maximaltemperatur als auch mit Hochwasser.

Folgende Konsequenzen müssen gezogen werden:

1. Klimaschutz: d. h. Verringerung des Treibhausgasausstoßes auf null
2. Abmilderung der Klimawandelfolgen, die bereits aufgetreten sind bzw. noch auftreten werden.

- Reaktionen europäischer Großstädte.

Hier werden begonnene Maßnahmen in den Städten Barcelona, Helsinki, Paris, London, Prag in den Rubriken Energie an Gebäuden, Verkehr und Stadtklima dargestellt und wie viele dieser Städte die genannten Maßnahmen bereits umsetzen.

Prof. Dr. Hergert empfiehlt für Koblenz zusätzlich zum Klimaschutzkonzept eine Priorisierung aller tabellierten Maßnahmen. Zum anderen weist er auf die Regenwasserversickerung hin und nennt hier als Beispiel Not-Ablaufwege für Regenwasser.

Die Präsentation ist als Anlage dem Protokoll beigefügt

Fragen aus der Klimaschutzkommission:

Dr. Fröhling (CDU) fragt nach, wie Prof. Dr. Hergert auf seine hohen Werte komme, diese seien höher als die, die der Weltklimarat prognostiziert habe.

Prof. Dr. Hergert gibt hierauf an, dass er das Modell der letzten 140 Jahre verlängert habe und sich andere Modelle an unteren Grenzen bewegen würden. Der Trend stehe fest, viele Ereignisse seien gesetzt, es handle sich bei seinen Zahlen um eine Trendfortschreibung.

Frau Michel fügt hinzu, dass man einerseits Prognosen habe und hierzu dann real gemessene Werte. Diese können regional ganz unterschiedlich sein. Dies müsse man berücksichtigen.

Prof. Dr. Hergert führt aus, dass die Städte der Zukunft einen Wettbewerbsnachteil hätten, wenn sie ausgeprägte Hitzeziele seien. Er wirft die Frage in den Raum, wer dann noch bleiben und in der Stadt leben wollen würde. Es bedürfe daher zusätzlich zum Klimaschutz auch Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels. (z. B. Stadtbegrünung).

Prof. Jo Ruoff

Prof. Ruoff beschäftigt sich seit 6 Jahren als Professor für Bauphysik mit den Bereichen klimagerechtes Bauen und Entwerfen an der Hochschule Koblenz.

Seinen Schwerpunkt hat er dabei als Gebäudeexperte im Bereich energieeffizientes Bauen.

Prof. Ruoff gibt an, dass 80% des Gebäudebestandes in der Republik energetisch sanierungsbedürftig seien. Diesem Wert stünde eine aktuelle Sanierungsrate von 1 % gegenüber.

Einen weiteren Schwerpunkt sieht er im Bereich Fassadenbegrünung. Die Möglichkeiten zur Begrünung von Straßen und Dächern seien begrenzt, Fassaden hingegen würden viel Raum hierfür bieten.

Fragen aus der Klimaschutzkommission:

Herr Biak (Bündnis 90/Die Grünen) fragt, ob es Untersuchungen gebe, wie die Situation im Bereich der Gebäudesanierung in Koblenz aussehe, wie hoch hier die Energieeffizienz bei Neubauten bzw. bei den städt. Liegenschaften sei.

Prof. Ruoff führt an, dass nicht die Neubauten das Problem darstellen. Hier gebe es Regelungen wie die Energieeinsparverordnung (EnEV). Der Bestand sei schwierig und das größere Problem. Hier müssten sinnvolle Maßnahmen gefunden werden.

Herr Flöck fügt hinzu, dass die Stadt Koblenz in den städtischen Liegenschaften im Neubaubereich auf dem aktuellen Stand sei. Der Bestand stelle hingegen ein Problem dar. Bereits vor 7 Jahren bezifferte sich der Sanierungsstau an Schulen auf 140 Millionen Euro. Dieser würde kontinuierlich abgearbeitet werden. Der Großteil fließe in die energetische Gebäudesanierung. Herr Flöck weist auf das Klimaschutzteilkonzept „Klimaschutz in eigenen Liegenschaften und Portfoliomanagement“ hin. Insgesamt wurden 86 städtische Liegenschaften überprüft und für 71 Liegenschaften Sanierungskonzepte und darauf aufbauend ein Sanierungsfahrplan erstellt.

Herr Diehl (CDU) gibt hinsichtlich des Themas Begründung an, dass Ehrenbreitstein dies beherzigt habe und hier Maßnahmen umgesetzt wurden, jedoch ziehe die Begründung Wasser aus dem Boden und führe so zu Grundwassermangel. Er stellt die Frage, wie hier der Ausgleich stattfinden soll und ob Prof. Ruoff Ansprechpartner für diese Problematik sei.

Prof. Ruoff verweist auf seine Kollegen in den entsprechenden Fachbereichen an der Hochschule, die sich mit dieser Problematik im Detail auskennen, man könne dort nachfragen und sich Hilfe holen.

Frau Laymann (Freie Wähler) fragt Herrn Flöck an, wann die Ergebnisse der vorgenannten Studie zu den Sanierungsfahrplänen vorgestellt werden würden und ob die Ergebnisse vorab den Fraktionen zur Verfügung gestellt werden könnten.

Herr Flöck gibt an, dass die Ergebnisse im Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität vorgestellt werden. Zu den Haushaltsberatungen würden die Erkenntnisse vorliegen.

Frau Michel weist Herrn Flöck auf eine Förderung des Bundes hin. Herr Flöck entgegnet, dass ihm dies bekannt sei, die Einstellung eines Klimaschutzmanagers für das Teilkonzept sei bereits beantragt.

Herr von Heusinger (Bündnis 90/Die Grünen) fragt an, welche Auswirkungen Fassadenbegrünung auf die Temperatur in der Stadt habe und ob man dies in Grad ausdrücken könne.

Herr Ruoff führt hier das Prinzip der Verdunstungskühlung an. Wie hoch diese Leistung ist, hänge jedoch von vielen Faktoren ab. Bspw. ginge die Kühlleistung der Pflanzen in besonders trockenen Sommer zurück, da diese dann kein Wasser mehr über ihre Oberfläche verdunsten.

Dr. Fröhling (CDU) führt an, dass es Städte gibt, die Maßnahmen zur Fassadenbegrünung bereits bezuschussen würden und fragt Herrn Oberbürgermeister Langner, ob eine Bezuschussung bei der Stadt Koblenz möglich sei.

Herr Oberbürgermeister Langner erläutert, dass es aufgrund der derzeitig angespannten Haushaltslage unwahrscheinlich ist, dass Förderprogramme seitens der Stadt aufgelegt werden können.

Dr. Kleemann (Bündnis 90/Die Grünen) fragt an, ob man das Problem des sanierungsbedürftigen Gebäudebestandes im Bereich der integrierten Quartierskonzepte bearbeiten und hier private Anreize schaffen könne, um die Sanierung attraktiv zu machen.

Frau Michel gibt an, dass im Rahmen der integrierten Quartierskonzepte sog. Sanierungsmanager gefördert werden könnten. Diese würden auf 3 Jahre plus 2 Jahre Verlängerung angelegt. Hier würde eine Beratung der Eigentümer stattfinden.

Frau Laymann (Freie Wähler) fragt, inwiefern man sich bereits mit sog. City Trees (Bio-Tech-Filter in Form neuartiger Stadtmöbel für Straßen und Plätze in Städten, die als Filter für Staub und Abrieb wie ein Naturbaum zur Verbesserung der Luftqualität beitragen sollen) befasst habe.

Prof. Ruoff führt an, dass dies abhängig von der Infrastruktur im Boden sei, da eine Bewässerung notwendig sei. Es sei jedoch eine gute Möglichkeit zur Verbesserung des lokalen Klimas und er wünsche sich, dass es mehr Nachahmer in diesem Bereich gebe.

Prof Dr. Pätzold

Prof. Dr. Pätzold ist seit 2011 Professor an der Universität Koblenz mit dem Schwerpunkt Erziehungswissenschaft.

Die Aufgabe der Klimaschutzkommission sieht er darin, einen Beitrag dazu zu leisten, dass jetzige und künftige Generationen gerne in Koblenz leben möchten. Er meint hierbei die Wahrnehmung einer Stadt als lebenswert in umfassendem Sinne.

Die Experten der Klimaschutzkommission können helfen Konsense herzustellen. Dabei sei die Bewältigung der Klimafrage eine Aufgabe für Kollektive, die gemeinsam lernen müssten.

Zum Lernen in Kollektiven führt Prof. Dr. Pätzold zwei Aspekte an, die wesentlich zum Erfolg beitragen:

- Kollektive sind dann bereit, sich auf Veränderungen einzulassen, wenn sie darin einen Nutzen für sich selbst oder auch für andere erkennen können. Daher müsse man solche Maßnahmen finden, von denen viele Menschen einen erkennbaren Nutzen haben.
- Motivation: wie gewinnen wir Menschen dafür etwas zu tun, was sie ohne Anreiz nicht tun würden? Motivationsquelle für das was, wir hier machen, kann nur sein, eine lebenswertere Situation für alle Menschen in Koblenz herzustellen. Hier müsse man selbstverständlich auch von parteipolitische Grenzen überschreiten.

Im Übrigen müsse die Klimaschutzkommission in jedem Fall Handlungsfähigkeit demonstrieren. Klimapolitik müsse indes global und lokal verknüpft sein.

Alles was im Bereich Klima getan werde, müsse in einem systemischen Zusammenhang geschehen.

Die Klimaschutzkommission müsse nach Prof. Dr. Pätzold die Selbstorganisationskräfte der Bürger anregen und Anstöße liefern. Hierfür hält er es für notwendig, geeignete Maßnahmen mit einem vernünftigen Verfahren der Priorisierung auszuwählen. Er bietet hierfür die Unterstützung der Experten an. Sie hätten hierfür geeignete Maßstäbe.

Des Weiteren sei Konsens wichtig. Die Klimaschutzkommission könne sich nicht erlauben, dass Mehrheitsinteressen diejenigen der Minderheit einfach überstimmen. Es brauche Entscheidungen, mit denen alle leben können.

Die Hauptaufgabe der Klimaschutzkommission sei es, zustimmungsfähige Vorschläge für den Stadtrat zu entwickeln und diesen, wie auch Stadt und Verwaltung zu unterstützen. Sie sei also ein Instrument, welches sich der Stadtrat gegeben habe, um Klimaschutz und die Bewältigung des Klimawandels in Koblenz voran zu bringen.

Er als Experte wünscht sich, dass die Klimaschutzkommission zu einem effektiven Arbeitsmodus findet und Entscheidungen im Stadtrat getroffen werden, die im Einklang mit den Ideen der Klimaschutzkommission stehen.

Fragen aus der Klimaschutzkommission:

Dr. Kleemann (Bündnis 90/Die Grünen) äußert zunächst seinen Zuspruch zur Vorstellung der Arbeit der Klimaschutzkommission. Er fragt, wie man zu einem gemeinsamen Vorschlag kommen solle und wie sich Dr. Pätzold eine Zusammenarbeit genau vorstelle.

Prof. Dr. Pätzold erwidert, sein Vortrag sei ein Appell zur konstruktiver Zusammenarbeit mit Blick auf die gemeinsamen Interessen der Beteiligten. Er könne sich überdies aber Arbeitsgruppen sehr gut vorstellen. Mit einem klaren Auftrag zum Arbeiten. Wichtig hierbei sei eine nicht zu starke Formalisierung des Prozesses.

Dr. Rudolph (SPD) fragt, wie sich eine Priorisierung gestalten könnte, ob hier das betriebswirtschaftliche Schema der Kosten-Nutzen-Analyse vorab herangezogen werden würde bzw. welche Vorstellungen Dr. Pätzold hier habe.

Prof. Dr. Pätzold könne sich eine Priorisierung auch jenseits betriebswirtschaftlicher Aspekte vorstellen. Es gebe sicherlich Maßnahmen, die mit kleinem Einsatz aber großem Nutzen erfolgen könnten. Eine betriebswirtschaftliche Analyse könne aber müsse nicht zwingend ein Instrument bei der Priorisierung sein. Man könne den Nutzen auch anhand nicht monetärer Faktoren bewerten.

Frau Laymann (Freie Wähler) erfragt die genaue Art der Zusammenarbeit und ob eine digitale Vorbereitung möglich sei. Des Weiteren regt sie an, zwischen den Sitzungen in den Dialog zu treten.

Prof. Dr. Pätzold befürwortet den Austausch zwischen den Sitzungen und gibt an, die Schaffung eines Sharepoints sei wünschenswert, er müsse dann aber auch genutzt werden.

Herr Oberbürgermeister Langner fügt hinzu, dass die Klimaschutzkommission flexibel auf Notwendigkeiten reagieren können müsse. Er sei daran interessiert, dass die Kommission zu Ergebnissen komme, hierzu gehören letztlich auch Beschlüsse im Stadtrat.

Herr Kirsch (SPD) gibt an, dass die Entscheidungen der Klimaschutzkommission bei bestimmten Maßnahmen zu unangenehmen Nebenerscheinungen führen könnten. Er fragt, wie der Stellenwert der Informationspolitik in diesem Zusammenhang zu sehen sei. Sollte die Klimaschutzkommission einen Leitfaden entwickeln, wie die Bevölkerung an diese Themen herangeführt werden könne, ohne direkt Unfrieden zu ernten?

Prof. Dr. Pätzold hält die Gestaltung eines Leitfadens für eher zu aufwändig. Man solle aber bei jeder Entscheidung systematisch mitbedenken, wer die Betroffenen seien und wie die Entscheidung vermittelt werden könne.

Frau Michels ergänzt zum Thema Priorisierung von Maßnahmen, dass sich Klimaschutzmaßnahmen auf längere Sicht auswirken. Man müsse zwischenzeitlich mit Anpassungsmaßnahmen reagieren, diese würden sich kurzfristiger auswirken, sodass man hier genau hinsehen müsse. Sie appelliert daran, die Zieldimension Klimaschutz nicht außer Acht zu lassen.

Herr Bialk (Bündnis 90/Die Grünen) merkt an, dass die Zivilgesellschaft in der Klimaschutzkommission fast nicht vertreten sei. Er fragt, wie man es schaffen könne, andere Non-Government-Organisations (Fridays for Future etc.) sowie Bürger mit einzubeziehen.

Prof. Dr. Pätzold regt an, die Arbeit innerhalb der Klimaschutzkommission nicht zu stark zu formalisieren, auch nicht durch ein weiteres formales Konsultationsverfahren für bestimmte Gruppen. Die Kommission müsse arbeitsfähig bleiben. Das fallweise Hinzuziehen zivilgesellschaftlicher Gruppen sei im Rahmen der Gesamtarbeit der Klimaschutzkommission aber denkbar und wünschenswert.

Dr. Fröhling (CDU) fragt an, wie eine Arbeitsgruppe ohne große Formalismen konkret initiiert werde könne.

Prof. Dr. Pätzold schlägt vor, dass die Klimaschutzkommission Personen um vorbereitende Ausarbeitungen zu bestimmten Punkten bitten könne. Es gehöre zum Respekt vor der Arbeit solcher Gruppen, dass diese dann auch wertgeschätzt und konstruktiv aufgegriffen werde.

Frau Michel ergänzt, dass sich Personen für eine Arbeitsgruppe melden können und dann ein Thema ausarbeiten, wenn der Bedarf hierfür besteht.